

Felix Halle

**Wie verteidigt sich der
Proletarier
in politischen Strafsachen vor
Polizei, Staatsanwaltschaft und
Gericht?**

Jeder wegen politischer Handlungen angeklagte Proletarier muß wissen, daß sein Kampf — mag es ein Prozeß von großer oder kleiner Bedeutung sein — ein Stück des großen allgemeinen revolutionären Kampfes darstellt. . .

1924

**Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten G. m. b. H.
Berlin SW 61**

Inhalt.

	Seite
Vorwort	IX—XIII
I. Vom proletarischen Rechtsschutz	1—3
1. Was muß ein Genosse tun, der verhaftet wird?	1
2. Der Verhaftete soll fordern!	1
3. Die Stelle, die ein verhafteter Genosse von seiner Festnahme benachrichtigen muß	1
4. Was die Haftanzeige enthalten soll	1
5. Schnellste Mitteilung des Aktenzeichens an den Verteidiger und die Rechtsschutzorganisation	1—2
6. Von der Schutzhaft	2
7. Haft erleichterungen	2—3
8. Was muß ein Genosse tun, der von der Verhaftung eines anderen Genossen hört?	3
9. Meldungen von Haftentlassungen	3
II. Wie schützt sich der Arbeiter bei politischer Befähigung gegen gerichtliche Bestrafung und Schutzhaftbefehl?	4—42
Allgemeine Winke	4—6
1. Vorsicht beim Verfassen und Aufbewahren von Briefen, Schriftstücken und Adressen	4
2. Keine Verwendung alter Formulare	4—5
3. Vermeidung von Parteibezeichnungen während der Illegalität	5
4. Schweigsamkeit, namentlich gegenüber Frauen	5
5. Kein Material liegen lassen	5
6. Warnung vor Trunkenheit	5—6
Polizeiliche Festnahme	6—9
1. Festnahme wegen leichterer Verstöße gegen die Gesetze	6—7
2. Vorsicht beim polizeilichen Protokoll auch in Bagatelldingen	7
3. Polizeiliche Razzien	7—8
4. Festnahme bei schwereren und schwersten Konflikten mit den Gesetzen	8—9
Die Untersuchungshaft	9—24
1. Vernehmung zur Person	9
2. Warnung vor mittelbarer (intellektueller) Urkundenfälschung	9—10
3. Beseitigung oder Vernichtung von Beweismaterial als Begünstigung	11
4. Straflosigkeit der Begünstigung durch Angehörige	11
Kein Geständniszwang	11—19
1. Vernehmung zur Sache	12
2. Unbedingtes Vertrauen auf die Hilfsbereitschaft der in Freiheit befindlichen Genossen	12
3. Die Isolierhaft und ihre Wirkung	12—15
4. Der Untersuchungsgefangene erfährt nicht, was seine Freunde in der Außenwelt für ihn tun	13
5. Warnung vor seelischer Depression, vor anderen psychischen Haftfolgen (Ärger, Wut usw.) und der Entlockung eines Geständnisses in einem solchen Zustande	13—15

	Seite
6. Wie verhält sich der Untersuchungsgefangene gegenüber den mittleren und unteren Gefängnisbeamten	15
7. Vorsicht bei Transporten	15-16
8. Verhalten als Beschuldigter bei der Möglichkeit einer folgenschweren Anklage	16-19
9. Warnung vor einem Vernehmungstrick: „Andere haben bereits ausgesagt“	16
10. Warnung vor Spitzeln im Gefängnis	16-17
11. Ein weiterer Vernehmungstrick: „Hebe gegen Führer und entkommene Genossen“	17
12. Vorsicht im Verhalten von Untersuchungsgefangenen gegenüber den Gefängnisärzten	17-19
Vorläufige Festnahme und Verhaftung	19-24
1. Festnahme bei Ausübung der Tat	19
2. Polizeiliche Festnahme von Abgeordneten	19
3. Die Voraussetzungen für einen Haftbefehl	19-21
4. Verhalten bei der richterlichen Vernehmung	21
5. Vernehmung im Vorverfahren bei den Außerordentlichen Gerichten	21-22
6. Das Recht, einen Verteidiger zu wählen	22
7. Honorar für den Officialverteidiger	22-23
8. Die notwendige Verteidigung: Fälle, in denen das Gericht von Amts wegen einen Verteidiger stellen muß	23
9. Verkehr mit dem Verteidiger	23
10. Akteneinsicht durch den Verteidiger	23-24
11. Ehegatten, Eltern und Vormund als Beistände des Angeklagten	24
12. Gerichtliche Voruntersuchung und die erkennenden Gerichte. — Bedeutung der Bezeichnungen Beschuldigter und Angeklagter	24
Verhalten bei Haus suchungen	24-29
1. Beschlagnahme von Beweismitteln	25
2. Beschlagnahme von Briefen und Telegrammen, Aufhebung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnisses	25
3. Durchsuchungen	25-29
a) bei dem der Tat Verdächtigen	25
b) bei anderen Personen	25
4. Durchsuchung einer Wohnung ohne Beisein des Richters oder Staatsanwalts	26-27
5. Beschlagnahme von Papieren	27
6. Ausnahmezustand	27
7. Haus suchungen und Durchsuchungen bei Abgeordneten	27-29
Verhalten als Zeuge	29-32
1. Polizeiliche Zeugenvernehmung	29
2. Gerichtliche Zeugenvernehmung	29-32
3. Zeugnisverweigerungsrecht der Abgeordneten	31-32
Die Verteidigung in politischen Straf sachen	32-37
1. Warnung vor falschen Verteidigungsmethoden	32-33
2. Beispiel, wie eine Entlastung nicht versucht werden darf	33
3. Ein Albantrug, der den Verurteilten und die Zeugen gefährdet hat	33-34
4. Beispiel eines zwecklosen Alibibeweises	34
5. Die Vorbereitung zur Hauptverhandlung	34-35
6. Das Verhalten des Angeklagten während der Hauptverhandlung	35-36

	Seite
7. Die Rechte des Angeklagten während der Hauptverhandlung	36—37
Die Rechtsmittel: Beschwerde, Revision (Rechtsrüge) und die Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urteil abgeschlossenen Verfahrens	37—40
1. Die Beschwerde	37
2. Berufung und Revision (Rechtsrüge) in Strafsachen	37—38
3. Berufungsfrist	38
4. Berufung bei Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	39
5. Frist und Anwaltszwang für die Begründung einer Revision	39
6. Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urteil abgeschlossenen Verfahrens	39—40
7. Verbot der Wiederaufnahme zum Zwecke der Aenderung des Strafmaßes	40
8. Die geringen praktischen Aussichten eines Wiederaufnahmeverfahrens	40
Geldstrafengesetze	40
Jugendgerichtsgesetz	40—42
III. Die strafrechtlichen und strafprozedurrechtlichen Bestimmungen und die Gerichtsverfassung der bürgerlichen Diktatur	43—49
Strafgesetzbuch und strafrechtliche Nebengesetze	43—44
Strafprozedurrecht und Gerichtsverfassung	
Die Berufs- und Laienrichter	44—46
1. Die gelehrten Berufsrichter	44
2. Laienrichter: Schöffen und Geschworene	44
3. Mitwirkung der Frauen	44—45
4. Vorübergehende Ausschaltung der Laiengerichtsbarkeit	45
5. Beseitigung der echten Schwurgerichte	45
6. Auswahl der Laienrichter	45—46
Die Gliederung der Strafgerichte, der Anklagebehörde und die staatlichen Exekutivorgane	46—49
1. Amtsgericht	46
2. Landgerichte	46
3. Oberlandesgerichte	46—47
4. Oberlandesgerichte als Revisionsgerichte	47
5. Das Reichsgericht als Revisionsgericht und als Gericht erster Instanz	47
6. Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik	47—48
7. Die Anklagebehörden des bürgerlichen Staates, Staatsanwaltschaft und Reichsanwaltschaft	48
8. Die Exekutivorgane des bürgerlichen Staates	48—49
IV. Strafvollzug	50—54
Verhalten eines politischen Gefangenen im Strafvollzug	50—53
1. Verhalten gegenüber den oberen Strafanstaltsbeamten	50—51
2. Von der Stellungnahme gegenüber dem Anstaltsgeistlichen	51
3. Das Verhalten gegenüber den Unter- und Mittelbeamten des Strafvollzuges	51—52
4. Von der Kameradschaftlichkeit politischer Gefangener	52
5. Von den Briefen des Gefangenen	52

	Seite
6. Verhalten gegenüber den Kriminalgefangenen	52
7. Hungerstreik	53
Verwaltung und Strafvollzug	53—54
1. Die Strafvollstreckungsbehörden	53
2. Gefängnisbeiräte	53—54
3. Vorschriften über den Strafvollzug	54
V. Reichspressgesetz und andere pressgesetzliche Bestimmungen	55—57
1. Legitimation für den Vertrieb von Druckschriften	55
2. Welche Angaben a) jede Druckschrift, b) jede Zeitung enthalten muß	55
3. Pressgesetzliche Berichtigung	55—56
4. Pressgesetzliche Verjährung	56
5. Beschlagnahme von Preßzeugnissen	56
6. Weitere Einschränkung der Preßfreiheit durch Ver- schärfung des Ausnahmezustandes	56
7. Preußisches Pressgesetz	57
8. Rechtsmittel (Rechtsbeschwerde) gegen das Verbot regelmäßig erscheinender Druckschriften (Zeitungen)	57
VI. Armenanwaltschaft in strafprozessualen Privatklagesachen (Privatklagen wegen Beleidigung und Körperverletzung)	58
VII. Von den Sammlungen für den proletarischen Rechtsschutz und für die Familienangehörigen der Gefangenen und Ver- folgten	59—60
VIII. Schlusswort	61—62
IX. Anhang: Formulare für Anträge und Be- schwerden	63—69
1. Antrag auf Ladung von Entlastungszeugen	63
2. Antrag auf Ladung von Entlastungszeugen unter gleichzeitiger Einsendung von 20,— Rentenmark zur Deckung von Kosten, die voraussichtlich durch die La- dung den Zeugen entstehen können	63
3. Einspruch gegen einen richterlichen Strafbefehl	64
4. Berufung gegen eine amtsrichterliche Entscheidung in Strafsachen	64
5. Besuch eine Geldstrafe nebst Gerichtskosten ratenweise zu bezahlen	64—65
6. Besuch um Umwandlung einer Freiheitsstrafe in Geld- strafe mit dem weiteren Antrag, die Geldstrafe nebst Gerichtskosten ratenweise zu bezahlen	65
7. Besuch um Strafausschub mit Aussicht auf späteren Straferlaß	65—66
8. Antrag auf Stellung eines Offizialverteidigers vor dem Amtsgericht	66
9. Beschwerde eines ehemaligen Parteifunktionärs gegen einen Schughaftebefehl	66—67
10. Beschwerde eines ehemaligen Parteimitgliedes wegen angeblicher Beteiligung an der Bildung proletarischer Hundertchaften nach dem Verbot dieser Organisation	67
11. Beschwerde einer Frau gegen einen Schughaftebefehl wegen einer angeblichen Ansprache in einer nicht- genehmigten kommunistischen Mitgliederversammlung	68
12. Besuch um Bewilligung des Armenrechts in einer Privatklage	68
a) für den Privatkläger	68
b) für den Privatbetroffenen	69
Text des Schughaftegesetzes vom 4. 12. 1916 und der Verordnung über Abänderung des bestehenden Ausnahmezustandes vom 23. Dezember 1923	70—72

Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar 1924	73
Zusatzverordnung des Reichsministers des Innern betreffend den Ausnahmezustand in Bayern vom 28. Februar 1924	74
Verordnung des Reichspräsidenten zur weiteren Ergänzung der Verordnung vom 28. Februar 1924 über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 17. Juni 1924	74
Verordnung des Reichsministers des Innern Nr. 8 vom 23. Juni 1924 zur Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen	75